

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

15. Juli 1953

43/A, B,
zu 29/JA n f r a g e b e a n t w o r t u n g

Eine Anfrage der Abg. Dr. K o r e f und Genossen, betreffend die Teilnahme Österreichs an der Organisation "CERN", beantwortet Bundeskanzler Ing. R a a b namens der Bundesregierung wie folgt:

Eine Beteiligung Österreichs am "Conseil Europeen pour la Recherche Nucleaire" (CERN) erschien dem Bundesministerium für Unterricht bei aller Würdigung der Bedeutung für die österreichische wissenschaftliche Forschung anfangs wegen der aus einer solchen Mitarbeit auf Jahre hinaus zu gewärtigenden finanziellen Verpflichtungen, welche für die ho. staatsfinanzielle Lage nicht tragbar gewesen wären, zunächst nicht möglich. Nach den Berichten der an den ersten vorbereitenden Sitzungen teilnehmenden österreichischen Beobachter musste zunächst damit gerechnet werden, dass die Beitragsleistung sich immerhin auf ca. 10.000 Dollar im Jahre für Österreich belaufen könnte.

Indessen hat die Leiterin des Institutes für Radiumforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Professor Dr. Karlik, die mit wissenschaftlichen Vertretern der an dem genannten Forschungsrat teilnehmenden Staaten in regem Kontakt steht, dem Bundesministerium für Unterricht mitgeteilt, dass Österreich im Falle seines Beitrittes Verständnis und Entgegenkommen hinsichtlich der finanziellen Beitragsleistung finden würde, sodass eventuell auch bei Leistung eines bloss "symbolischen" Beitrages von etwa 10.000 ö.S jährlich die Teilnahme Österreichs gewährleistet wäre.

Abschliessend beehre ich mich bekanntzugeben, dass der Ministerrat in der Sitzung am 9. Juli 1953 dem Beitritt Österreichs zum europäischen Forschungsrat für Kernforschung gegen einen Jahresbeitrag in der genannten Höhe zugestimmt hat.

-.-.-.-.-